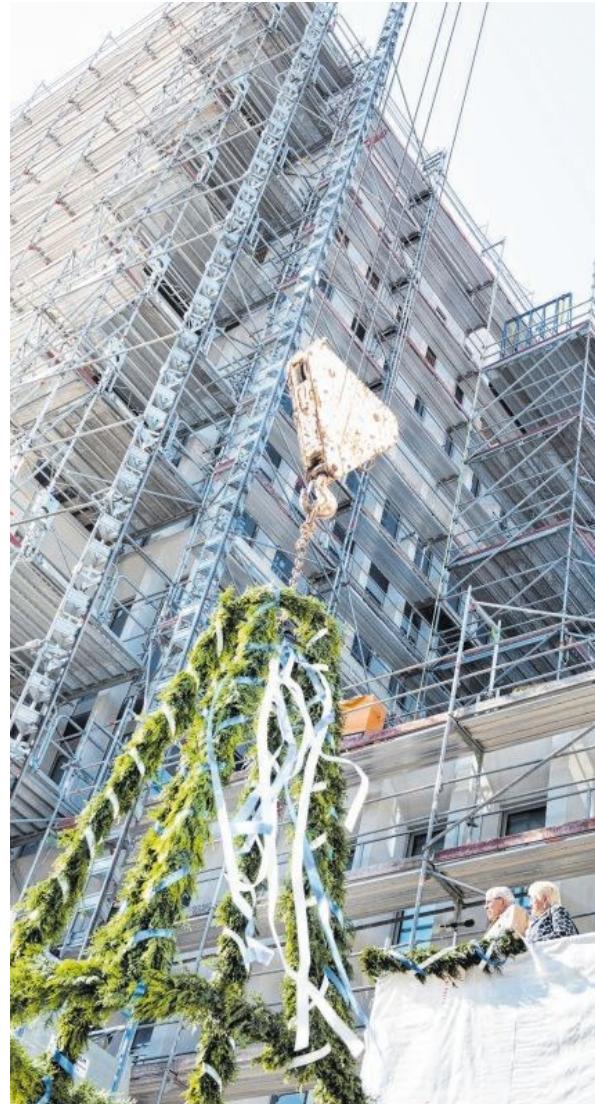


Kühne setzt auf Bremen

Beim Richtfest am Weserufer spricht der Mehrheitsgesellschafter auch über die NS-Vergangenheit der Firma

Bremen. Die Debatte um das geplante Arisierungsmahnmal und die Aufarbeitung der Geschichte des Unternehmens Kühne + Nagel ist beim Richtfest der neuen Deutschlandzentrale am Dienstag erneut ein bestimmendes Thema gewesen. Er bedaure, was passiert sei, sagte Kühne + Nagel-Mehrheitseigner Klaus-Michael Kühne, der Anfang der 1960er-Jahre in das väterliche Unternehmen eingestiegen war. Aber auch: „Ich identifizierte mich damit absolut nicht.“ Das Geschehene liege lange zurück, er könne nicht nachvollziehen, dass man es immer wieder auf sein Unternehmen fokussiere. Der Konzern hatte nach Erkenntnissen von Historikern in der NS-Zeit eine Schlüsselrolle bei der sogenannten M-Aktion. M steht für Möbel. Diese und andere Gegenstände wurden aus den verlassenen Wohnungen von Juden aus den besetzten Westgebieten abtransportiert und nach Deutschland gebracht. Dabei hatte Kühne + Nagel geholfen. „Dieses Kapitel lässt sich nicht wegdiskutieren“, sagte Kühne am Dienstag. Man sei Dienstleister gewesen, wohl auch getrieben und beeinflusst durch den Staat.



IN GUT ZEHN METERN HÖHE HÄNGT DER RICHTKRANZ FÜR DAS NEUE GEBÄUDE VON KÜHNE + NAGEL BEREIT. DANEben STEHEN KLAUS-MICHAEL KÜHNE UND SEINE EHEFRAU CHRISTINE.

Die Frage über den Umgang mit der Geschichte von Bremer Spediteuren zu Zeiten des Nazi-Regimes beschäftigt auch die Bremer Politik seit mehreren Jahren. 2016 hatte sich die Tageszeitung (taz) dafür eingesetzt, dass ein sogenanntes Arisierungsmahnmal zur Erinnerung an den Raub jüdischen Eigentums direkt am nun neu entstehenden Firmensitz an der Ecke Martinistraße/Wilhelm-Kaisen-Brücke gebaut werden soll. Auch die Bürgerschaft stimmte für die Errichtung.

Mittlerweile sind weitere Entscheidungen getroffen worden. Wichtigstes Detail: Das Mahnmal wird nicht in direkter Nachbarschaft des neuen Kühne + Nagel-Hauses, sondern an der Zweiten Schlachtepforte gebaut. Es soll 2020 oder im darauffolgenden Jahr fertig werden, die Kulturbörde rechnet mit Kosten in Höhe für 660 000 Euro, die sich auf das Land Bremen, Unternehmen aus der Logistikbranche oder deren Rechtsnachfolger, die aus der Verwertung jüdischen Eigentums Profit geschlagen haben, und private Spender verteilen sollen. Aus Respekt, sagte Kühne am Dienstag, werde sich sein Unternehmen finanziell beteiligen. „Es ist gut, dass das Mahnmal entsteht“, sagte er weiter. Kühne sieht nach eigenen Angaben aber keinen Anlass, sich mit dem Bau eines Mahnmals direkt vor seinem Gebäude anzufreunden. Aktivisten haben sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass das Mahnmal am ursprünglich geplanten Standort, in direkter Nachbarschaft zur neuen Zentrale, entsteht. Erst am Wochenende hatten sie ein Banner aufgehängt, auf dem „Auf Raub gebaut“ zu lesen war.

Auch für die Gästeliste des Richtfests hatte die langjährige Debatte offenbar Folgen. So war unter den Zusagen unter anderem Bausenator Joachim Lohse (Grüne) vermerkt – gekommen war er nicht. Sein Sprecher verwies darauf, dass der Senat erstens durch den Bürgermeister vertreten gewesen sei und zweitens der Senat parallel getagt habe. Gleichzeitig ließ Lohse mitteilen: „Es steht jedem Unternehmen gut zu Gesicht, seine Vergangenheit unabhängig untersuchen zu lassen und sich dieser zu stellen.“ Demnach offenbar ein inoffizieller Grund, weswegen der Bausenator sich am Dienstag nicht blicken ließ.

Die Glückwünsche im Namen der Stadt überbrachte Bürgermeister Carsten Sieling (SPD). Es sei ein markantes Gebäude entstanden, „es wird strahlen und soll strahlen“. Das Gebäude habe eine starke Wirkung für Bremen als Wirtschaftsstandort, der einen Fokus auf Logistik und Hafenwirtschaft habe. Die Stadt wolle Unternehmen gute Rahmenbedingungen bieten. Bei Kühne + Nagel bedankte sich der Bürgermeister dafür, dass Bremen seit Januar Deutschlandzentrale des Unternehmens ist. „Machen Sie so weiter, wie Sie es in Ihrer gesamten Firmengeschichte gemacht haben“, sagte Sieling. Und erntete im Anschluss heftige Kritik: „Ich bin fassungslos“, schrieb die ehemalige Landesvorsitzende der Bremer Grünen, Kai Wargalla, auf Facebook mit Verweis auf die Geschichte des Betriebes. Der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Bremen, Jens Eckhoff, pflichtete ihr bei: „Ich bin entsetzt über diesen nächsten Fauxpas des Bürgermeisters“. Sieling habe sich auf den weiteren geschäftlichen Erfolg der Firma beziehen wollen, teilte dessen Sprecher später mit.

Auch der Spitzenkandidat der CDU, Carsten Meyer-Heder, war unter den geladenen Gästen – musste sich aber mit seiner Rolle als Zuschauer zufrieden geben. Bei den Spitzenkandidatinnen von Grünen, FDP und Linken waren nach eigenen Angaben keine Einladungen eingegangen. Linken-Chefin Kristina Vogt: „Das ist von Seiten des Unternehmens ein merkwürdiges Signal.“ Schließlich seien sie und ihre Partei im Austausch mit Kühne + Nagel über Themen wie Wirtschaft, Arbeitsmarktpolitik oder Bildung. „Damit hat man mir die Entscheidung abgenommen, ob ich eine Botschaft senden will.“ Im Übrigen hätte sie die Einladung angenommen. Grünen-Spitzenkandidatin Maike Schaefer, derzeit im Urlaub, teilte mit: „Ich finde, dass bei Kühne + Nagel die dunkle Vergangenheit in ihrer Geschichte nicht in Vergessenheit geraten darf.“ FDP-Chefin Lencke Steiner stört sich nicht daran, keine Einladung bekommen zu haben. „Es ist Sache von Kühne + Nagel, wen sie zu einer privaten Feier einladen“, sagte sie.

Wenn alles gut läuft, sollen die ersten Mitarbeiter im September in das neue August-Kühne-Haus einziehen. Mit dem Richtfest sind die Arbeiten am Rohbau, die vor gut eineinhalb Jahren begonnen hatten, abgeschlossen. Mehr als 700 Angestellte sollen hier arbeiten. Für den Konzern hat Bremen eine besondere Bedeutung: 1890 wurde Kühne + Nagel in der Hansestadt gegründet. Bereits vor 110 Jahren befand sich das Stammhaus des Unternehmens an der Weser.
